

Wortprotokoll zu TOP 22, 30 und 35

Öffentliche Sitzung

Hauptausschuss

28. Sitzung
23. November 2022

Beginn: 12.05 Uhr
Schluss: 18.09 Uhr
Vorsitz: Franziska Becker (SPD)

Vorsitzende Franziska Becker: Ich rufe auf

Kultur und Europa – 08

Punkt 22 der Tagesordnung

Schreiben SenKultEuropa – SE 1 K1 / II B Lü – vom
31.10.2022

[0635](#)
Haupt

**Zuführung zum Sondervermögen Infrastruktur der
Wachsenden Stadt (SIWA) zur Ergänzung der
Maßnahme Sanierung und Herrichtung der Alten
Münze in Berlin Mitte**

**hier: Entnahme aus der Rücklage Innovationsförder-
fonds, Umwidmung der Mittel und Sonderzuführung
an das SIWA**

Ich begrüße Herrn Staatssekretär Dr. Wöhlert und bitte um Wortmeldungen. – Frau Meister, bitte!

Sibylle Meister (FDP): Ich fange mal rückwärts an, nämlich bei der Frage der Finanzierung der Alten Münze. Ich war jetzt doch überrascht, hier zu lesen, dass wir insgesamt von 107 Mio. Euro reden, jetzt schon wissend, dass es nicht reicht, deswegen es in zwei Teile aufgeteilt haben, weil es dann irgendwie anscheinend leichter auszuhalten ist, dass aber leider die 45 Mio. Euro für die erste Hälfte auch nicht reichen. Da wäre jetzt meine Frage: Inwieweit – denn das habe ich nicht ganz zugeordnet bekommen, wir waren mit der Baustellenrundfahrt

ja auch vor Ort – sind in den 110 Mio. Euro jetzt wirklich schon alle Kosten für die komplette Sanierung enthalten, mitsamt der Sanierung der Kelleranlagen, wo ja doch viele das Gefühl hatten, das könnte ein teurer Spaß werden?

Dann heißt es, das Bedarfsprogramm wurde auf Grundlage des Nutzungskonzeptes erstellt, aber der Prüfprozess ist noch nicht abgeschlossen. Nichtsdestotrotz soll jetzt aber schon Geld freigegeben werden, das, erheiternderweise, aus dem Innovationsförderfonds heraus. Da wüsste ich jetzt auch nicht, warum.

Am Ende der Vorlage führen Sie dann noch auf, dass sich das mit den Arbeitsräumen für Künstler und Künstlerinnen verzögert – das finde ich eher schade –, dass aber ganz offensichtlich auch die zwei Pavillons auf der Karl-Marx-Allee irgendwie der durchaus üblichen Verzögerung anheimgefallen sind. Wenn ich mich recht erinnere, sollte in den einen Pavillon eine Stiftung ziehen. In den anderen Pavillon sollte, glaube ich, die nGbK – habe ich jetzt die richtige Abkürzung getroffen? –, also diese Gesellschaft aus Kreuzberg einziehen. Das ist auch soweit eine gute Idee gewesen, aber ohne Pavillon kein Umzug. Insofern wäre hier meine Frage, was das für die heißt, die einziehen wollten.

Dann haben wir bei der Alten Münze immer die Frage mit dem Betreiberkonzept. Ist es denn jetzt so, dass nach wie vor die Spreewerkstätten das betreiben sollen, also als Betreiber fungieren? Ist das schon der langfristige Vertrag? – Nein, nicht? Ist noch nicht. Wie ist denn da die Planung und der Stand bei diesen Dingen?

Vorsitzende Franziska Becker: Herr Goiny!

Christian Goiny (CDU): Da kann ich mich anschließen, weil zu erwarten war, dass es so läuft. Ich bin auch ganz sicher, dass es noch nicht der Endbetrag ist, den man hier macht. Am Ende hakt es natürlich auch an dem Betreiberkonzept. Da würden wir darum bitten, dass uns das mal vom Senat vorgelegt wird, auch möglichst detailscharf. Ich will aber auch sagen, nachdem sich der Senat mehr oder weniger – die Kulturverwaltung – durchgerungen hat, zu verstehen, dass sich dort mit den Spreewerkstätten Clubbetreiber befinden: Ich finde die Definition, die die Senatskulturverwaltung da liefert, nach wie vor höchst befremdlich, weil eine Vielzahl von Clubbetreibern natürlich auch Fremdvermietungen machen und Festivals und Künstler und andere Agenturen in ihr Programm reinholen. Da stellt man sich schon die Frage, ob die Kulturverwaltung verstanden hat, was Clubkultur in dieser Stadt ist. Natürlich gehören die da rein und müssen da auch bleiben. Das sicherzustellen, ist, glaube ich, auch eine Aufgabe der Kulturverwaltung, trotz aller Umbaumaßnahmen. Also dieses Betreiberkonzept würden wir tatsächlich gerne mal kennen.

Dann würden wir auch gerne wissen – es ist ja alles sehr cursorisch dargestellt –, was genau alles mit welchen Beträgen im Rahmen des ersten Bauabschnittes gemacht werden soll und was in welcher Aufteilung für den zweiten Bauabschnitt übrig bleiben soll.

Eingedenk der besonderen Erfahrungen, die wir mit dem Spreepark gemacht haben, stellt sich mir auch die Frage, was im ersten Bauabschnitt konkret ausgebaut und gemacht werden soll im Bereich Gastronomie, Arbeitsräume, Aufführungs- und Veranstaltungsflächen. Warum können diese Dinge nicht von einem künftigen Betreiber gemacht werden? Nach meinem Dafürhalten müsste das Land Berlin eigentlich dafür sorgen, dass das Dach dicht ist, dass eine

Strangsanierung erfolgt, dass die Leitungen funktionieren, dass es eine energetische Sanierung gibt, um möglichst Energie zu sparen, dass Flucht- und Rettungswege sichergestellt sind und dass, das haben wir ja auch gesehen, im Keller die Feuchtigkeitsschäden beseitigt werden. Den Ausbau von Gastronomie und von Veranstaltungsflächen kann dann doch, bitte schön, ein Betreiber machen. Das wäre viel wirtschaftlicher, vor allem eingedenk der Erfahrungen, dass Sie es bis heute nicht geschafft haben, im Spreepark auch nur die Gaststätte wieder zu eröffnen nach was weiß ich wie vielen Jahren, nachdem wir dort nämlich auch als Land Berlin planen, bauen, ausschreiben. Das hätte sich kein privater Betreiber leisten können, so zu arbeiten. Das können nur wir als Land Berlin. Eigentlich können wir es auch nicht, aber wir machen es halt einfach. – [Zuruf von Steffen Zillich (LINKE)] – Spreepark? Natürlich hätte sich das einer leisten können, sicher! Die würden das schon längst betreiben. Also mangelndes Zutrauen in die Kreativszene dieser Stadt, Herr Kollege Zillich, kann ich nur sagen. Das würde schon längst laufen. Wenn man sich anguckt, was andere teilweise in die Ertüchtigung von Ruinen gesteckt haben und innerhalb von kürzester Zeit damit umgesetzt haben – darüber können wir uns mal privat austauschen, damit will ich nicht den ganzen Ausschuss langweilen. Aber, ja, das geht! Es spricht ja auch Bände für das Verständnis offensichtlich des Senats und der Koalition, dass man das entsprechenden Betreibern nicht zutraut, so etwas in der Stadt zu machen.

Das droht uns hier auch. Es droht, ein Projekt zu werden, das uns am Ende 200 Mio. Euro kostet, bis wir die Münze fertig haben. Das kann man bei den Baukostensteigerungen annehmen, die wir momentan allein bei der BIM haben von 38 Prozent im Jahr plus dem, was alles noch an Sonderwünschen hinzukommt, Herr Zillich. Da sind wir bei 200 Mio. Euro, bis das ganze Ding fertig ist, das ist doch ganz klar, und zwar in zehn Jahren. Vorher wird das doch nichts. Das führt doch erkennbar in die Sackgasse. Das hat auch mit einer kreativen, vielfältigen Nutzung für diesen Standort nichts zu tun.

Es ist deswegen so ärgerlich, weil es eines der ersten Projekte war, das damals auch dazu geführt hat, dass wir 2012 die Liegenschaftspolitik in Berlin neu geändert haben, weil wir eben was Spannendes, Neues dafür machen konnten. Wenn Sie sich mal angucken, was die Spreewerkstätten mit halbjährlichen bis jährlichen Mietvertragsverlängerung inzwischen dort gebaut, umgebaut und veranstaltet haben, mit ganz, ganz wenig Geld, dann sehen Sie, wie sehr Sie das kreative Potenzial dieser Stadt unterschätzen und hier mit irgendwelchen staatlichen Planfantasien, die Sie da für den Kulturbetrieb organisieren wollen, geradezu herausdrängen. Deswegen ist es, glaube ich, umso sinnvoller, dass Sie uns mal genau auflisten, was Sie da in welchen Tranchen mit welchen Beträgen wann bauen wollen.

Vorsitzende Franziska Becker: Vielen Dank! – Herr Staatssekretär, bitte!

Staatssekretär Dr. Torsten Wöhlert (SenKultEuropa): Frau Vorsitzende! Frau Meister! Herr Goiny! Ich versuche, die Fragen erschöpfend zu beantworten. – [Zuruf von Christian Goiny (CDU)] – Nein, nein, zumindest reagieren und dann zwei, drei Worte dazu sagen!

Dass die Kulturverwaltung keine Ahnung von Clubkultur hat, da hat sie, glaube ich, in der Vergangenheit, in zweieinhalb Jahren das Gegenteil bewiesen. Wir haben der Clubkultur in dieser Stadt über die Krise geholfen, also ein bisschen was verstehen wir schon. Wir müssen uns jetzt nicht über Definitionen streiten – was ist ein Szeneclub, und was ist sozusagen kein reiner Club? Ich glaube, das bringt es nicht.

Vielleicht noch mal zur Genesis der Entwicklung der Alten Münze; das erklärt, glaube ich, dann auch ein paar Sachen. Es hat einen Ausgangspunkt gegeben mit einem geschätzten Sanierungsbedarf von 35 Mio. Euro, ohne dass es ein konkretes Bedarfsprogramm gegeben hat. Dann gab es Beschlüsse dieses Hauses, die darauf abgezielt haben, und ich fand auch, zu Recht, dass man gemeinsam mit – Der Beschluss war, dass das ein Ort für die freie Szene wird und dass man mit der Szene zusammen ein Bedarfsprogramm entwickelt. Das ist passiert. Für das Haus 3 und für das Haus 4 bzw. House of Jazz sind Nutzungskonzepte erarbeitet worden, ohne dass schon Nutzer feststanden. Das ist ein zweieinhalbjähriger Prozess. Aus diesem Bedarfsprogramm ist am Ende eine erste Schätzung für Baukosten entstanden, die uns Ende letzten Jahres, Anfang dieses Jahres vorlag. Die war nicht in Deckung zu bringen mit den 35 Mio. Euro, die im SIWA dafür bereitstanden.

Daraufhin haben wir uns entschlossen, das Projekt Alte Münze in zwei Bauabschnitte zu gliedern. Der eine, und jetzt beantworte ich die Fragen von Frau Meister, ist tatsächlich dafür da, die Grundsanierung zu machen. Das betrifft also auch die Hof- und die Kellerflächen. Das bedeutet nicht zwangsläufig, dass wir sämtliche Keller ausbauen werden, vielmehr werden auch Teile der Keller verfüllt werden müssen, weil die nicht ausbaufähig sind. Und es werden sämtliche Anschlüsse fertiggestellt, die in einem zweiten Bauabschnitt, wenn es dann zur Errichtung dieses House of Jazz käme oder kommt, genutzt werden können.

Gleichzeitig ist der Ausbau des Hauses 3 zu einem Kulturstandort mit Arbeitsräumen, mit Bühnenräumen, mit kleineren und großen, vorgesehen. Das ist das, was wir Ihnen auf der Baustellenrundfahrt beim Gang durch das Gebäude auch gezeigt haben.

Warum verstärken wir die SIWA-Mittel jetzt mit Mitteln aus dem Innovationsfonds? – Weil wir in diesem Innovationsfonds einen Betrag von ca. 18 Mio. Euro – das haben wir Ihnen auch berichtet – zur Herrichtung von Arbeitsräumen haben. Das ist sozusagen in der Sache deckungsgleich. Um dieses Projekt Alte Münze weiter betreiben zu können, haben wir hier eine Umschichtung vorgenommen.

Um die Frage mit den Pavillons zu beantworten: Die knapp 5 Mio. Euro, die wir dort aus dem Pavillon nehmen, haben zum Teil mit Planungsverzögerungen zu tun, die es bei dem Pavillon gibt, zum anderen Teil auch mit der noch nicht gelösten Frage – da das die WBM baut –, wie wir sozusagen das Geld von A nach B kriegen. Das ist jedenfalls eine Frage, die wir in diesem Jahr nicht mehr lösen können. Deswegen haben wir diese Gelder des Pavillons zur Deckung der notwendigen Lücke, also zur Aufstockung des SIWA, vorgeschlagen, um, und das ist eine Prioritätensetzung, das Projekt Alte Münze weiter betreiben zu können und nicht eine Planungs- und Bauverzögerung, zumindest im ersten Bauabschnitt, zu haben.

Was wir Ihnen auf der Baustellenrundfahrt auch erklärt oder vor Ort versucht haben zu demonstrieren, ist, dass die Aufteilung in zwei Bauabschnitte nicht nur den Vorteil hat, dass man das sozusagen in zwei handliche Projekte zerlegt, die auch unabhängig voneinander funktionieren, sondern dass wir dann in der Bauphase gleichzeitig eine kulturelle Nutzung haben, eine Zwischennutzung, die weitergehen kann. Das rekurriert vor allen Dingen auf die Sprewerkstätten, die das auch entsprechend goutiert haben, und natürlich dann, wenn Haus 3 fertiggestellt wird, auf eine entsprechende kulturelle Nutzung auch im Zuge eines dann zweiten Bauabschnittes.

Betreiberkonzept – Herr Goiny! Das ist eine Grundsatzfrage. Ihr Ansatz ist, zu sagen: Machen Sie die Grundlagen, und dann geben Sie es jemandem, der es betreibt! – Die Beschlusslage hier ist eine andere, dass es sozusagen ein öffentlicher Ort, ein öffentlich betriebener Ort werden soll. Und wenn wir dann die verschiedenen Nutzungen geklärt haben, also wenn wir zum Beispiel wissen, ob es dieses House of Jazz in dieser Form mit den Kostensteigerungen tatsächlich geben kann, dann wird man sich ein Betreiberkonzept überlegen und auch vorstellen müssen, das darauf basiert, dass es ein Betreiber ist, der die Auflagen des Abgeordnetenhauses – nämlich dass es ein Ort sein soll, der ohne institutionelle Zuschüsse auskommt, d. h. am Ende eine schwarze Null schreibt – erfüllt, dass wir uns dafür dann auch ein Betreiberkonzept zurechtlegen. Aber dafür ist es im Moment noch etwas früh.

Die beiden Pavillons, die in unserer Verantwortung stehen, waren zur Nutzung durch die nGbK und das Werkbundarchiv gedacht. Es gibt noch einen anderen Pavillon, der soll dann, glaube ich, vom Bezirk Mitte selbst genutzt werden, und einen, wenn ich es richtig im Kopf habe, durch die Böll-Stiftung. Meines Wissens waren es insgesamt vier.

Vorsitzende Franziska Becker: Vielen Dank! Ich habe noch eine Wortmeldung. – Frau Meister!

Sibylle Meister (FDP): Auch noch mal rückwärts nachgefragt: Was heißt es denn jetzt für die nGbK – ich hatte immer irgendwie den Eindruck, dass die auch aus ihren Räumen rausmusste –, dass sich jetzt der Bau der Pavillons verzögert?

Was mir nicht ganz klar geworden ist: Sie haben ein Problem, das Geld von A nach B zu bringen? Was heißt denn das? Also ein Bargeldkoffer ist jetzt nicht mehr so angesagt, macht man jetzt eigentlich nicht, aber die WBM wird doch über ein Konto verfügen. Irgendwie verstehe ich das Problem nicht so ganz, aber das erklären Sie mir sicher gleich.

Jetzt noch mal zur Alten Münze, eine Frage zu den Spreewerkstätten, weil die ja im Moment, wenn ich das jetzt richtig verstanden habe, die Flächen nur interimsmäßig vergeben. Das ist ja im Prinzip eine privatwirtschaftliche Tätigkeit. Sind da die Mieten festgelegt oder die Einnahmen, oder was passiert damit?

Dann noch eine Nachfrage zu der Aufteilung in zwei Bauabschnitte. Es ist ja schon ein bisschen ein riskantes Verfahren, wenn man nicht ein Mal über alles guckt, was vor einem liegt. Die 45 Mio. Euro reichen jetzt schon nicht, und, ich glaube, es braucht nicht so furchtbar viel Erfahrung im Hauptausschuss – das hat jetzt auch gar nichts mit Berlin zu tun, das ist ein herausforderndes Bauwerk –, dass es irgendwie auf der Hand liegt, dass auch 55 Mio. Euro für den ersten Bauabschnitt nicht reichen werden. Wenn wir dann noch gar nicht wissen, was wir im zweiten Abschnitt genau an Bedarfen haben, dann zeigt die Erfahrung, dass es dadurch auch nicht günstiger wird. Das ist schon mit einem extrem hohen Kostenrisiko versehen, was wir da machen.

Meine abschließende Frage dazu, weil Sie gerade sagten, die Unterstützung House of Jazz ist womöglich nicht sicher. Das wäre ja dann noch mal besonders misslich. Ich war immer der Meinung, dass da zumindest die Finanzierung und auch der Wunsch über den Bund formuliert ist. – Jetzt ist Torsten Schneider da, da freue ich mich. Wir sind bei der Alten Münze!

Vorsitzende Franziska Becker: Herr Goiny!

Christian Goiny (CDU): Das war aus meiner Sicht eigentlich klar, dass das Projekt House of Jazz überdimensioniert ist und gar nicht wirtschaftlich zu betreiben ist. Deswegen glaube ich nicht, dass das am Ende da reinkommt. Das hat erst einmal nur so als Bugwelle viele andere Ideen und Nutzungen kaputt gemacht, das ist auch Teil der traurigen Geschichte, die wir hier haben.

Ich habe das schon verstanden, wie der Gedanke für einen Betrieb der Alten Münze gedacht ist. Da haben Sie völlig recht, da haben wir unterschiedliche Vorstellungen. Aber ich habe zur Kenntnis genommen, dass das jetzt so passieren wird. Gleichwohl wird es doch jemanden geben, irgendwelche landesgeförderten Institutionen oder Einrichtungen, die, für bestimmte Teilbereiche avisiert, den Betrieb, die Nutzung übernehmen sollen. Da muss man sich doch jetzt schon Gedanken gemacht haben. Also dass man erst darüber nachdenkt, wenn man alles fertig gebaut hat, das kann ich mir nicht vorstellen.

Unter welchen Rahmenbedingungen das Ganze dann betrieben werden soll, das ist, glaube ich, natürlich eine anspruchsvolle Aufgabe, wenn man es so machen will, wie Sie das machen wollen, weil sich das natürlich am Ende nicht trägt, denn Sie müssen den Betrieb des Hauses finanzieren, weil die, die Sie da reinsetzen, das alleine nicht stemmen können. Und dann sitzen da natürlich Leute drin, die auch für ihre Projekte kein Geld haben. Das heißt, die müssen Sie noch mal zusätzlich finanzieren. Sie haben jetzt also nicht nur diesen Hunderte von Millionen Euro schweren Instandsetzungsbedarf, den Sie jetzt hier scheinbar adressieren, sondern Sie werden auch dauerhaft Zuwendungstitel für Betrieb, Nutzung und Veranstaltung da drin haben. Dass das – insofern bin ich erstaunt, dass er jetzt hier ist – beim Kollegen Schneider so sang- und klanglos durchgeht, das, muss ich sagen, selbst als Befürworter einer auch breiten Kulturförderung in diesem Haus, finde ich dann schon erstaunlich, zumal es ja klar war, dass es auch anders gehen würde. Also diesen Punkt noch mal schriftlich aufgeliefert!

Und zum Thema: Was bauen Sie wann mit welchen Teilbeträgen? – würde ich, Frau Vorsitzende, bis Freitag noch Fragen schriftlich einreichen. Dann kann uns das gerne bis Februar beantwortet werden. – Vielen Dank!

Vorsitzende Franziska Becker: Das wäre dann Mitte Februar. Okay! – Herr Staatssekretär!

Staatssekretär Dr. Torsten Wöhlert (SenKultEuropa): Kurz noch, um ein Missverständnis aufzuklären: Natürlich gibt es ein Nutzungskonzept. Es gibt ein Konzept, in welchem Haus, in welchem Gebäude welche Nutzung möglich ist. Das ist auch nicht geschossen, das ist geprüft. Wir haben dort quasi symbolisch, also ohne, dass wir die Nutzer festgelegt haben, gesagt: Hier soll eine Theaternutzung sein. Dann haben wir uns einen Paten gesucht, der gesagt hat, wie der Raum gebaut werden muss, ausgestaltet sein muss, damit eine Theaternutzung stattfinden kann. Damit ist nicht festgelegt worden, dass Person A oder Institution B dieses Theater betreibt. Es ist auch völlig unstrittig, dass, wenn wir dort zum Beispiel ein Kindertheater oder ein Tanztheater ansiedeln wollten, diese einzelnen Nutzer dann jeweils auch öffentliche Unterstützung bekommen sollen und bekommen können. Das wäre ebenso bei Arbeitsräumen. Also ob ich einen Arbeitsraum am Ort A mache, geförderten, oder am Ort B, ändert an

der Förderung nur insofern etwas, dass, wenn ich es miete und ich mit steigenden Kosten zu rechnen habe, dass, wenn ich es in der Landesliegenschaft mache, ich ungefähr weiß, zu welchen Konditionen ich diesen Raum haben kann und dann gegebenenfalls für Künstlerinnen und Künstler im Preis heruntersubventioniere. Das ist der Klassiker des Arbeitsraumprogramms.

Die schwarze Null des Abgeordnetenhauses bezog sich darauf, dass sozusagen in die Institution Alte Münze nicht noch eine zusätzliche institutionelle Förderung kommt, sondern dass sich die einzelnen Nutzungen, zum Beispiel Club und Gastronomie, am Ende mit den jeweiligen Mieten so ausgleichen, dass es sozusagen die schwarze Null herstellt und sich gegenseitig stützt. Dieses Betreiberkonzept gibt es noch nicht. Das wird auch davon abhängen, inwieweit der zweite Bauabschnitt in der Art und Weise kommt oder kommen kann, wie er mal geplant ist, Stichwort: House of Jazz. Angesichts der Kostensteigerung ist klar, dass wir darüber mit dem Bund noch mal neu reden müssen, denn die vom Bund für die Beteiligung an den Investitionen in Aussicht gestellten Mittel von, wenn ich es richtig erinnere, 12,5 Mio. Euro sind natürlich angesichts der Summen, die jetzt hier aufgerufen werden, neu zu verhandeln. Das ist also ein Wunsch. Ob dieser Wunsch Wirklichkeit wird, weiß zurzeit niemand. Was wir wissen, ist, dass die Alte Münze mit der Fertigstellung des ersten Bauabschnitts in sich funktionieren würde als Kulturstandort. Der ist als Veranstaltungsort zugelassen mit einem sanierten Haus 3, mit einem nicht sanierten Haus 4 und mit den Gebäuden 1 und 2, die ja bis jetzt auch so funktionieren.

Frau Meister! Bis jetzt und auch weiterhin ist die Alte Münze im SILB bzw. in der Bewirtschaftung durch die BIM, und die macht mit den Spreewerkstätten jetzt Mietverträge, halbjährig, wahrscheinlich dann in der Bauphase sogar längerfristig, weil wir dann längerfristige Perspektiven haben.

Die nGbK hat eine Zwischennutzung in der Nähe der Karl-Liebknecht-Straße in Räumlichkeiten, weil sie jetzt aus Kreuzberg wegen Mieterhöhung rausmüssen. Also die sind safe. Selbst wenn es da zu einer Verzögerung in den Pavillons käme, würde das die nGbK nicht in die Bredouille bringen.

Vorsitzende Franziska Becker: Vielen Dank! – Herr Goiny, bitte!

Christian Goiny (CDU): Ich fand das jetzt so interessant, ich hätte gerne zu dem Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll.

Vorsitzende Franziska Becker: Okay, die CDU beantragt ein Wortprotokoll. – Ich sehe keine weiteren Meldungen. Dann lasse ich abstimmen. Wer dem Schreiben wie beantragt zustimmen möchte, bitte ich um das Handzeichen! – Das ist die Koalition. Wer ist dagegen? – CDU. Enthaltungen? – FDP-Fraktion und AfD-Fraktion. – [Sibylle Meister (FDP): Dagegen!] – Ach so, die FDP-Fraktion ebenfalls dagegen!

Bildung, Jugend und Familie – 10

Vorsitzende Franziska Becker: Ich rufe auf

Punkt 30 der Tagesordnung

Bericht Senat von Berlin – BfJ StS B SG Ltg – vom
13.09.2022

[0548](#)
Haupt

Aktueller Sachstand Berliner Schulbauoffensive (BSO)

gemäß Auflage B. 71 – Drucksache 19/0400 zum
Haushalt 2022/23

(in der 25. Sitzung am 12.10.2022 von der Konsensliste
genommen und in der 26. Sitzung am 09.11.2022 zur
Sitzung am 23.11.2022 zurückgestellt)

Ich begrüße ein weiteres Mal Staatssekretär Slotty und die Kollegen und Kolleginnen aus der
Bildungsverwaltung. – Frau Khalatbari, bitte!

Sandra Khalatbari (CDU): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Es geht um den entsprechen-
den Mittelabfluss. Um eine größtmögliche Transparenz – um nicht zu sagen, vielleicht auch
ein engmaschiges Controlling, vielleicht etwas netter ausgedrückt – begleitend zu den Mittel-
abflüssen zu haben und zu gewährleisten, wäre es sinnvoll, dass wir sehr engmaschig quar-
talsmäßig, maximal halbjahresmäßig, über die entsprechenden Maßnahmen informiert wer-
den, sprich Vergabe, Baufortschritt, an welcher Schule findet was zu welchem Zeitpunkt statt.
Wir werden auch immer gefragt, wie es jetzt weitergeht. Es wäre für uns alle sinnvoll, dass
wir mit größtmöglicher Transparenz nach außen gehen und das für viele Menschen deutlich
machen. Deshalb würde ich gerne darum bitten, dass wir quartalsmäßig – wenn das möglich
ist –, ansonsten halbjährlich, wirklich sehr engmaschig über die einzelnen Maßnahmen infor-
miert werden. – Vielen Dank!

Vorsitzende Franziska Becker: Frau Jasper-Winter!

Dr. Maren Jasper-Winter (FDP): Herzlichen Dank, Frau Vorsitzende! – Angesichts der
aktuellen Situation, der Krisen, habe ich zwei Fragen, ob Sie uns zu den Terminen und den
Kosten eine generelle Einschätzung geben können. Bei vielen Schulstandorten steht drin, dass
die Maßnahme im Jahr 2023 – was schon bald ist – abgeschlossen oder begonnen wird, je
nachdem, um welche Schulen es sich handelt. Sind die Termine, die mit 2023 schon absehbar
sind, Ihrer Ansicht nach aufgrund der aktuellen Situation immer noch haltbar? Können Sie
uns sagen, inwieweit schon Kostensteigerungen durch Inflation, Energiepreise usw. bei den
einzelnen Schulmaßnahmen eingetreten sind? Können Sie uns einen Überblick, eine Ein-
schätzung geben, ob es dadurch in einzelnen Bauprojekten zu Verzögerungen kommen wird?

Noch eine Frage: Zu Beginn wurde in der roten Nummer ausgeführt, dass sich die Bezirks-
bürgermeister wünschen, dass der Senat stärker mit den Bezirken kooperiert und sich regel-
mäßiger mit diesen austauscht. Ist dieser Wunsch bei Ihnen angekommen und wird das umge-
setzt? Das wäre eine eher organisatorische Frage.

Vorsitzende Franziska Becker: Frau Klein, bitte!

Hendrikje Klein (LINKE): Danke, Frau Vorsitzende! – Ich habe eine Frage zur Bevölkerungsprognose: Inwiefern wird die Bevölkerungsprognose in welchen Prozess wie eingearbeitet? Sie könnte mitunter zu Veränderungen führen, sodass wir schauen könnten, in welchem Prozess wir uns als Hauptausschuss uns die aktuellen Informationen dazu geben lassen können. Welcher Prozess läuft dazu die nächsten Monate?

Das zweite Thema ist der bauliche Unterhalt bei den Bezirken. Da ist aufgefallen, dass der Mittelabfluss wirklich hapert – sage ich mal so – und immer weniger läuft. Da hätte ich den Vorschlag, dass wir uns das im Unterausschuss Verwaltung näher anschauen, uns zwei Bezirke heranziehen und genauer schauen können, wo das Problem ist. Ich ahne es ein bisschen. Alle sind ausgelastet und irgendwann ist der Tag auch vorbei, an dem man etwas planen kann. Trotzdem will ich da genauer hinschauen.

Vorsitzende Franziska Becker: Herr Brousek!

Antonin Brousek (AfD): Vielen Dank! – Ich möchte ein bisschen daran anknüpfen, was Frau Jasper-Winter gesagt hat. Sie hat gefragt, ob diese zeitlichen Pläne, die dort drinstehen, realistisch sind. Wenn Sie das nicht sind, würde mich interessieren, was der schlimmste Verlauf ist, den Sie sich vorstellen können. Ich habe ein bisschen den Eindruck, dass uns die BSO noch viel länger begleiten wird, als sich das alle vorstellen können. Was ist der Zeitraum, den Sie als längsten Zeitraum für realistisch halten?

Vorsitzende Franziska Becker: Herr Staatssekretär, bitte!

Staatssekretär Alexander Slotty (SenBJF): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich könnte stundenlang darüber reden. Die BSO ist nicht umsonst das größte Infrastrukturprojekt des Landes Berlin. Ich gehe der Reihe nach darauf ein. Ich habe noch zwei Kollegen hinter mir sitzen, Herrn Illiges von der Steuerungsgruppe der Taskforce Berliner Schulbauoffensive und Herrn Sitter von unserem Statistikreferat, der eigentlich für den nächsten Tagesordnungspunkt dabei ist, aber da gerade die Bevölkerungsprognose angesprochen wurde, passt das an der Stelle vielleicht auch.

Frau Khalatbari! Ihren Wunsch nach einem engmaschigen Controlling zum Mittelabfluss haben wir auch. Ich muss Ihnen sagen, dass es aus meiner Sicht im Moment nicht darstellbar ist, so etwas auf Quartalsbasis darzustellen. Das liegt schlicht und ergreifend daran, dass wir zu den 700 Maßnahmen, die wir in etwa im Schulbau-/Schulsanierungsbereich haben, 14 Baudienststellen haben. Das sind die zwölf Bezirke, die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen und die HOWOGE. Es ist ein grundsätzlicher Wunsch, dass wir da ein gemeinsames Verständnis für ein Controlling entwickeln und bei diesem großen Infrastrukturprogramm zu gemeinsamen Kennzahlen kommen, dass wir zeitnah einen Eindruck davon bekommen, wie der Mittelabfluss erfolgt. Im Moment sehe ich das ehrlicherweise noch nicht.

Zu der Frage zu den Projekten, die in 2023 begonnen oder abgeschlossen werden sollen, muss ich sagen, dass mir nichts vorliegt, aus dem sich etwas anderes ableiten lässt. Es ist richtig, dass wir Anfang dieses Jahres durch den Ukraine-Krieg und die Folgen, die sich daraus ergeben haben – einmal für die Situation, wie man beispielsweise an Rohstoffe wie Holz oder

Stahl kommt –, generell einen kleinen Schock auf dem Baumarkt hatten. Aktuell stellt sich das für uns so dar, dass alles, was für 2023 in der Fertigstellung oder im Projektbeginn geplant ist, tatsächlich auch genauso kommen wird.

Die Kostensteigerungen bei Bauvorhaben ist nichts, was nur die Schulbauvorhaben im Land betreffen. Das betrifft alle Vorhaben; das betrifft auch alle, die in einer Bauherrenschaft sind. Ich weiß nicht, ob die Kollegin der Finanzverwaltung auch etwas dazu sagen will, aber wir treffen im Rahmen der Investitionsplanung und den finanziellen Spielräumen Vorsorge, um solche Kostensteigerungen abzufangen. Sie wissen auch, dass die Berliner Schulbauoffensive noch einmal mit künftig 300 Millionen Euro jährlich verstärkt werden soll. All so etwas kann Kostensteigerungen auffangen. Inwiefern sich die Spirale weiterdreht, kann heute keiner sagen. Wir versuchen mit den Mitteln, die uns zur Verfügung stehen, so viele Schulplätze wie möglich und in der gebotenen Qualität zu schaffen.

So ganz nachvollziehen kann ich den Wunsch der Bezirke, sich zu diesem Thema noch enger abzustimmen, nicht. Wir haben alle zwei Monate die Taskforce Schulbau, an der die Bezirke beteiligt sind. Wir tagen einmal im Monat in der Schulstadträtesitzung, wo wir uns auch zu Schulbauthemen und Investitionen austauschen, sofern das erforderlich sein soll. Es gibt den Rat der Bürgermeister, in dem die Bezirke auch schon entsprechend Schulbau- und Investitionsthemen angesprochen haben. Mir fehlt im Moment ein wenig die Vorstellung, wo ein weiteres Sitzungsformat zu einem weiteren Erkenntnisgewinn der Bezirke führen kann. Sie haben aus meiner Sicht schon eine Menge Möglichkeiten, ihre Fragen einzubringen. Ansonsten stehen wir auch immer für einen bilateralen Austausch zur Verfügung. Es ist verweigert sich niemand Rücksprachen mit den Bezirken.

Kurz zu dem, was Frau Klein gefragt hat: Natürlich wirkt sich die Bevölkerungsprognose auch auf unsere eigenen Zahlen aus, auf die Schulbauoffensive indirekt. In der Systematik ist es so, dass die Bevölkerungsprognose Auswirkungen auf die Entwicklung unserer Schülerzahlen hat. Das ist das, was in unserem Statistikerferat erarbeitet wird. Aus der Entwicklung der Schülerzahlen ergibt sich für die Zukunft eine Anforderung an Schulplätze. Sie wissen, wie die aktuelle Schulplatzsituation ist. Wir haben das hier im Hauptausschuss schon thematisiert. Da identifiziere ich ein Stück weit immer die Entwicklung, die diese Stadt in den letzten 15 Jahren mit einem unglaublichen Bevölkerungswachstum erlebt hat, das sich auf ein System wie dem Schulwesen ganz besonders auswirkt.

Herr Brousek hat noch gefragt, ob die BSO länger dauern wird, als wir vermuten. Die BSO hat aktuell kein Enddatum. Die BSO ist in der Vergangenheit immer wieder um Tranchen erweitert worden. Die Lage bei Investitionsmittel ändert sich auch. Ein Bundesland wie Berlin muss genauso wie alle anderen Bundesländer regelmäßig seine Schulgebäude sanieren. Das ist eine dauerhafte Aufgabe. Ob wir das Berliner Schulbauoffensive nennen und unter diesem Namen auch Schulsanierungsmaßnahmen und Ähnliches laufen lassen, wird als Aufgabe grundsätzlich bestehen bleiben. Ich würde darum bitten, dass Herr Illiges und Herr Sitter entsprechend ergänzen dürfen.

Vorsitzende Franziska Becker: Bitte schön!

Norbert Illiges (SenBJF): Dann versuche ich, kleine Punkte zu ergänzen. Noch einmal zu dem Thema des Controllings: Das Ansinnen ist nachvollziehbar, aber arbeitsorganisatorisch

eine Herausforderung. Vielleicht als Anregung oder als Erinnerung: Wir haben jährlich das Maßnahmen- und Finanzcontrolling, wo maßnahmenscharf abgebildet wird, wie der der Fortschritt im Planungsprozess BPU und EVU mit Datum und Kostenentwicklung mit Baubeginn und Baufertigstellung in der voraussichtlichen Annahme ist. Wenn dort Wünsche bestehen, das zu ergänzen, denke ich, sollte das an der Stelle konkretisiert werden und in eine gemeinsame Abfrage, die jeweils zum 31. Dezember des Jahres erfolgt, einfließen, sodass wir dieses Instrument nutzen, um das weiter zu qualifizieren – nur als Anregung.

Bezüglich der Kostenentwicklung noch die Ergänzung, dass das bisher nach meiner Einschätzung keinen Einfluss auf die Termine hat. Die Kostentwicklung ist im Moment noch nicht so stark greifbar, weil bestehende Rahmenverträge kostenfixiert sind, aber das dicke Ende kommt noch. Deswegen habe ich die Baudienststellen gebeten – direkt zu Montag –, die Kostenentwicklung zu prognostizieren, um in den Griff zu bekommen, was unter den aktuellen, nicht so schönen Rahmenbedingungen erwartet wird.

Zum Thema Bevölkerungsprognose noch so viel, dass es von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung es schon die gesamtstädtische Bevölkerungsprognose gab; die liegt im Fachreferat in regionalisierter Form vor. Da wird es spannend, sich anzuschauen, wie sich die regionalisierte Betrachtung auf den Schulplatzbedarf auswirkt. Das ist im Moment in der Bearbeitung.

Die Mittelabflüsse, die Zahlen, die wir da gesehen haben, finde ich auch spannend. Ich dachte immer, Investitionsvorhaben und baulicher Unterhalt korrespondieren – je mehr investiert wird, desto weniger baulicher Unterhalt. Im Moment sind die Mittelabflüsse gering. Ich glaube, sich genau anzuschauen, woran das liegt, ist die Mühe wert.

Der Austausch mit den Bezirken: Die Steuergruppe tagt zweiwöchentlich; Regionalverbände, Geschäftsstellen, Vertreter der FM-Bereiche und der Schulämter sind dort vertreten. Da ist ein Dialog jederzeit möglich.

Vorsitzende Franziska Becker: Danke!

Ralf Sitter (SenBJF): Wir machen jedes Jahr eine Hauptausschussvorlage „Mittelfristige Lehrpersonalplanung“. Dort fließt die Schülerzahlentwicklung ein. Die basiert wiederum auf der aktuellen Bevölkerungsprognose. Das, was wir dieses Jahr in dieser Hauptausschussvorlage behandelt haben, war noch mit der alten Bevölkerungsprognose gerechnet. Im Frühjahr 2023 werden wir eine neue Vorlage machen, in der die neue Bevölkerungsprognose die Basis ist. Ich kann schon so viel sagen, dass sich die Zahlen nicht wesentlich verändern werden. Da muss man unterscheiden, dass es mittel- und langfristig schon sein kann, aber kurzfristig gar nicht, weil wir die Bevölkerungsprognose beispielsweise nur für die Erstklässlerberechnung benutzen. Die anderen Zahlen haben wir, korrigieren die und rechnen dann quasi mit Übergangsquoten.

Vorsitzende Franziska Becker: Vielen Dank! – Ich habe weitere Wortmeldungen. – Frau Klein, bitte!

Hendrikje Klein (LINKE): Vielen Dank! – Ich glaube, dass die Bezirke – könnte ich mir zumindest vorstellen – den Prozess zur I-Planung angesprochen haben, der mit dem Haushalt,

den wir auch im Parlament hatten, insgesamt eine Herausforderung war. Daher glaube ich schon, dass die Telefonleitungen für alle offen sind und dass wir die nächste I-Planung ein bisschen sanfter hinbekommen, weil man einen beschlossenen Haushalt und ein bisschen mehr Sicht mit der Bevölkerungsprognose hat.

Zu dem Punkt Berichte: Tendenziell fühlt man sich als Abgeordneter zu wenig informiert, auch wenn wir unglaublich viel Informationen bekommen. Ich finde in diesem Fall macht das so viel Aufwand, und da stehen so viele gute Sachen drin, dass ich eher nicht dafür plädieren würde, dass wir die Berichte noch engmaschiger bekommen. Ich glaube, was bei der Schulbauoffensive interessant ist – vor allem, wenn man so bestimmte Gebiete innerhalb von Berlin beobachtet, wo etwas gebaut oder saniert werden soll –, ist, dass man rechtzeitig Bescheid weiß, wenn sich etwas ändert. Da hat man mit einem jährlichen Bericht ein bisschen das Gefühl, dass man etwas verpasst. Bisher hat es sich gezeigt, dass wir am Ende ziemlich gut informiert sind und das auch, wenn sich etwas ändert. Daher würde zumindest ich von einem engmaschigeren Berichtsauftrag absehen wollen.

Vorsitzende Franziska Becker: Herr Brousek, bitte!

Antonin Brousek (AfD): Vielen Dank! – Ich will das nur anregen, weil mich das so ein bisschen stört: Sie haben gesagt, dass die Berliner Schulbauoffensive eigentlich nie enden würde, weil immer wieder Schulen gebaut werden müssen. Das verstehe in einem gewissen Sinne, aber es gibt keine Offensive ohne Ende. Herr Saleh hat gesagt, das sei ein Feuerwerk, das entzündet werde. Auch dieses hat ein sehr schnelles Ende. Vielleicht wäre es ganz gut, damit wir hier wissen, woran wir sind, dass der Senat bei solchen Maßnahmen von dieser – ich möchte es mal salopp so nennen – „Berliner Angebersprache“ loskommt und das einfach als Berliner Schulbaumaßnahmen bezeichnet. Dann wissen wir alle ganz genau, dass das eine langdauernde Sache sein wird. Das hört sich nicht so an wie eine Art Reklametitel.

Vorsitzende Franziska Becker: Herr Ziller, bitte!

Stefan Ziller (GRÜNE): Vielen Dank! – Ich glaube schon, dass man die Kraftanstrengung zur Verbesserung der Schulsituation, für Schulplätze, aber auch für schöne, gute, angemessene Schulen, die Berlin sowohl finanziell als auch organisatorisch in den letzten Jahren und den nächsten auf den Weg gebracht hat und bringen wird, als Offensive bezeichnen kann.

Ich habe auch Gedanken zu der Frage des Berichtwesens, und ich will die mit Ihnen zumindest für die Debatte teilen. Das eine ist, dass wir Berichte haben, auch den Taskforcebericht und den Bericht. Ergänzend dazu gibt es gefühlt zweimal im Monat unendlich viele schriftliche Anfragen zu jeder Einzelschule, die auch viel Ressourcen in der Verwaltung binden. Soweit ich weiß, ist die Senatsverwaltung für Inneres mit dem Kollegen Kleindiek an Spitze dabei, zum Beispiel für die Digitalisierungsmaßnahmen ein Dashboard auf den Weg zu bringen, wo man zu einzelnen Maßnahmen transparent nachschauen kann, wie es steht, wo sich auch unterjährig etwas ändern kann, denn so ein PDF ändert sich halt nicht und legt man auch nicht jedes Mal neu auf. Vielleicht kann man im nächsten Jahr überlegen, ob man das entwickelt.

Das Zweite ist, dass die Senatsverwaltung für Inneres auch dabei ist, die IT-Bestands- und Planungsübersicht – das ist auch ein Mammutwerk – auf einen technisch neueren Stand zu

bringen. Das wollen die mit einer Low-Code-Plattform verbinden, das ist im nächsten Jahr in der Innenverwaltung zum Vorarbeiten. Vielleicht kann man zumindest Gespräche führen, ob eines der beiden Instrumente auch der Berichterstattungen zumindest in Richtung 2024 für die Schulbauoffensive dienen kann, damit wir von den PDFs zu Berichten kommen, die mehr leben und die vielleicht auch die Hälfte der Schriftlichen Anfrage an der Stelle erübrigen würden, weil wir aktuell informiert sind. Ich glaube, wir haben schon viele Berichte, aber es entstehen immer Differenzen. Da gibt es ein Bezirksamt, das andere Zahlen berichtet als der Senatsbericht, dann sind die zeitlich nicht ganz aktuell. Da entstehen immer Fragen von Bürgerinnen und Bürgern und Arbeitsaufwand, das zu beantworten. Lassen wir der Bildungsverwaltung vielleicht ein bisschen Luft, dass sie die geeignete Form entwickeln kann, aber geben ihr den starken Wunsch mit, dass wir vielleicht zu moderneren Berichtsformen kommt, die dann nicht öfter sein müssen, die aber so sind, dass wir immer up to date sind.

Vorsitzende Franziska Becker: Frau Khalatbari!

Sandra Khalatbari (CDU): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Ich kann das nicht so ganz teilen. Ich bin schon ein bisschen verwundert, dass man bei 700 Maßnahmen, die in der Masse schon viele sind, nicht hundertprozentig sagen kann, wie der Stand der Baumaßnahmen ist. Wenn das das Leuchtturmprojekt der Koalition ist, frage ich mich, wann das anfängt zu leuchten. Ich finde das unglaublich sinnvoll. Ich sitze hier auch mit diesem ganzen Ordner. So ein Dashboard, wenn wir die Problematik der Berliner Schulen und der Schulbauoffensive gemeinsam mit der Besonderheit der mittelalterlichen Digitalisierung – in Führungszeichen – verarbeiten können, wäre großartig und würde das letztendlich für alle Beteiligten extrem erleichtern. Für mich wäre aber wichtig, es ist gerade genannt worden, dass es der Mühe wert sei, den Mittelabfluss noch einmal in den Blick zu nehmen – das wurde gerade senatsseitig gesagt. Was würde das konkret bedeuten? Welche Schritte, welche Reform unternehmen Sie, um diesen zügigeren Mittelabfluss, der ein bisschen im Nirwana ist, zu gewährleisten? Wir haben jetzt 27 Prozent, mit Blick auf Juni 2022 bei 180 Millionen Euro. Das ist einfach zu wenig. Wir haben alle gemeinsam das gleiche Ziel. Welche konkrete Maßnahmen des Genauer-unter-die-Lupe-Nehmens oder des Mühe-Machens würden Sie vorschlagen oder haben Sie in petto? – Vielen Dank!

Vorsitzende Franziska Becker: Herr Schneider!

Torsten Schneider (SPD): Ich verstehe die Debatte nicht und rege an, das abzustimmen. Da liegt ein Antrag vor, hier sind Stellungnahmen aus den Fraktionen. Insgesamt sind in 2022 1 038 Millionen Euro verplant und zwischen 20 und 60 Millionen Euro bleiben liegen. Das reicht mir als Information. Wenn die CDU-Fraktion sagt, sie brauche eine Vervierfachung der Berichterstattung, dann haben wir einen Antrag und können abstimmen.

Vorsitzende Franziska Becker: Das würde ich auch so anregen. – Herr Goiny!

Christian Goiny (CDU): Das ist verplant und offensichtlich auch verpeilt. – [Torsten Schneider (SPD): Verpeilt ist nur Steglitz-Zehlendorf mit 10 von 30 Hochbaumaßnahmen!] – Sehen Sie, und da hat SPD, Grüne und FDP die Mehrheit. – Spaß beiseite! Was ich meine, ist, dass Geld ausgegeben wird, aber was nicht sein kann, ist, dass uns die Bildungsverwaltung sagt, dass sie keinen Überblick über das hat, was hier abläuft. Sie ist nicht in der Lage, uns aktuell zu erklären, was an zusätzlichen Maßnahmen gerade abfließt. – [Torsten Schneider

(SPD): Hier! Schluss der Debatte!] – Wir können die Debatte abschließen und den Berichtswunsch ablehnen, lieber Kollege Schneider, aber damit wird man das Problem nicht los. Das ist, als würde man sich die Augen zuhalten und sagen: Das läuft alles! – Diese nervöse Reaktion spricht auch ein bisschen dafür, dass an dem, was wir kritisieren, etwas dran ist. Wir haben gefragt, ob die Senatsverwaltung eigentlich selbst weiß, wie das abläuft, weil wir – – [Torsten Schneider (SPD): Sie haben Vervierfachung der Berichte gesagt!] – Entschuldigung bitte, aber vielleicht können wir jenseits aller Hektik ausreden lassen! – Es gab die Frage/Bitte, ob man angesichts der Vielzahl der Maßnahmen und wenn – vielleicht sind 100 Millionen Euro bei 1 Milliarde Euro nicht mehr so viel, aber an sich sind 100 Millionen Euro schon viel – nicht klar ist, wie der Abfluss der Mittel über die einzelnen Bereiche ist, viertel- oder halbjährliche Berichte erstellt.

Wenn vierteljährlich zu komplex ist, wofür man ein gewisses Verständnis haben könnte, müsste es aus Eigeninteresse derjenigen, die diese Maßnahmen machen, schon sinnvoll sein, dass wir uns das wenigstens alle halbe Jahre anschauen, damit wir wissen, ob wir im Plan liegen oder wie viel es am Ende mehr kostet. Wenn wir bei dem Baufortschritt oder der Übersicht merken, dass der Mittelabfluss zwar läuft, aber wir am Ende erkennen können, dass es nicht reicht, ist das auch ein Punkt, den man politisch mal wissen oder nachsteuern müsste. Wenn die Auffassung der SPD ist, dass sie diese Transparenz bei der Schulbauoffensive nicht herstellen möchte, ist das auch eine Aussage, aber das beendet die Debatte am Ende des Tages nicht. Deswegen würde ich hier anregen, sich lieber zu verständigen und sich zu bemühen, ein vernünftiges Verfahren zu finden, wo wir auch Verständnis haben, was die Verwaltung leisten oder nicht leisten kann, aber zu sagen: Alles läuft super! Geld fließt ab, mehr Informationen ans Parlament gibt es nicht –, ist keine vernünftige, sachgerechte Antwort. Jedenfalls ist das nicht der Stil, wie wir normalerweise im Hauptausschuss auch bei schwierigen Fragen miteinander diskutieren.

Vorsitzende Franziska Becker: Herr Schneider!

Torsten Schneider (SPD): Die CDU verschickt nicht nur Wahlkampfflyer nach Erkner, Schöneiche und sonst was, um ihren 13. Berliner Bezirk in Brandenburg zu gründen, sondern verbreitet hier regelrechte Fake News – um das einmal auf den Punkt zu bringen. Deshalb beantrage ich für die Wahrheitsfindung ein Wortprotokoll zu diesem Tagesordnungspunkt. Eben ist der Versuch unternommen worden – und deshalb bin ich wach geworden –, anhand eines Monatsabflusses mit der Kampfzahl, dass von 180 Millionen Euro nur 27 Prozent abgeflossen seien, die ganze Schulbauoffensive in den Dreck zu reden. Das ist ihre Wahlkampfrhetorik! – [Zuruf Christian Goiny (CDU)] – Jetzt rede ich. Du kannst dich gerne anmelden, mein lieber Freund.

Vorsitzende Franziska Becker: Herr Schneider hat das Wort!

Torsten Schneider (SPD): Da gibt es differente Meinungen, wer was und wie anders macht, wo wir aber doch wissen, dass von 1 038 Millionen Euro ein zweistelliger Millionenbetrag übrigbleibt. Was den Mittelabfluss angeht, will ich das mal in anderen Sektoren sehen. Das ist die Debatte hier gewesen. Der Mittelabfluss soll vierteljährlich berichtet werden. Das ist die Antragslage. Die SPD hat sich in der halben oder Dreiviertelstunde dazu überhaupt nicht geäußert, aber von den Linken und den Grünen habe ich gehört, dass am Berichtswesen kein Verstärkungs- oder Verdichtungsbedarf besteht. Jetzt der Bildungsverwaltung oder überhaupt

einer Verwaltung etwas anderes in den Mund zu legen, ist auch falsch gewesen. Deshalb will ich ein Wortprotokoll. Die Zusammenfassung des Sprechers war gerade Fake News. Hier liegt ein Antrag vor, und jetzt können wir darüber abstimmen.

Vorsitzende Franziska Becker: Frau Jasper-Winter!

Dr. Maren Jasper-Winter (FDP): Die eigentliche Frage von Frau Khalatbari war berechtigt. Welche Maßnahmen oder Überlegungen des Senats gibt es, um den Mittelabfluss zu steigern? Die war sehr berechtigt. Das war die einzige Frage in Punkto Mittelabfluss, die hier gekommen ist, Herr Schneider. Ich kann verstehen, dass Sie nervös sind, aber wir sollten bei den Fakten bleiben. Ich würde gerne den Senat bitten, diese berechtigte Frage noch zu beantworten.

Vorsitzende Franziska Becker: Herr Staatssekretär!

Staatssekretär Alexander Slotty (SenBJF): Danke sehr! – Ich würde an der Stelle zuerst aufs Allerschärfste zurückweisen, dass ich hier gesagt hätte, wir hätten keine Informationen zum Mittelabflüssen oder zur Berliner Schulbauoffensive im Allgemeinen. Das ist falsch. Das habe ich eben auch nicht gesagt, sondern ich habe gesagt, dass wir 14 Baudienststellen im Rahmen der Berliner Schulbauoffensive haben. Zum Thema Mittelabfluss empfehle ich, zum Beispiel den Bericht zu lesen, den wir heute vorgelegt haben. Im Übrigen wird dieser Bericht halbjährlich vorgelegt. Das heißt, Sie bekommen schon zweimal im Jahr zu den Mittelabflüssen entsprechende Information. Ob es bei einem Milliardenprogramm und bei dem Fortschritt, den so ein einzelner Schulneubau oder -sanierungsmaßnahme macht, erforderlich ist, auf Monatsbasis Berichte vorzulegen, wage ich ehrlicherweise ein bisschen zu bezweifeln. Ich glaube nicht, dass es jeden Monat einen neuen großen Erkenntnisgewinn gibt, weil Mittelabflüsse nicht jeden Monat in den Bauprojekten erfolgen, sondern nach entsprechenden Bauplanungsphasen.

Wie kann man den Mittelabfluss steigern? – Man könnte ihn allgemein dadurch steigern, dass wir mehr Baukapazitäten auf dem Markt schaffen, weil in Berlin extrem viel Wohnungsbau betrieben wird, wir die Schulbauoffensive haben etc. pp. Sie wissen, dass es Überlegungen der Koalition gibt, möglicherweise eine weitere Baudienststelle auf Landesebene einzurichten. Das könnte ein gangbarer Weg sein. Ein anderer Weg könnte sein, die vorhandenen Baudienststellen personell, also kapazitär zu verstärken. All das ist in der Prüfung, aber das macht man nicht eben mal so.

Norbert Illiges (SenBJF): Wenn ich vorhin gesagt habe, dass sei der Betrachtung wert, dann meinte ich, in die Ursachenforschung zu gehen. Das eine ist das Deskriptive, wie viel fließt ab, aber dann genau zu schauen, woran es im einzelnen Bezirk liegt. Hat der einzelne Bezirk zu wenig Personal? Liegt es an den Ausschreibungsverfahren oder ist ein Bauvorhaben in der Pipeline, was das größte Investitionsvorhaben des Bezirks ist, aber gerade aufgrund von Vergabeverfahren kein Geld abfließt? Das sind diese Klumpen, die plötzlich zu einem signifikanten Anstieg des Mittelabflusses führen. Ich hatte auch Gespräche mit Bezirksstadträten, die sagten, wir sind eigentlich ganz guter Dinge, dass wir zum Ende des Jahres signifikant in die Mittelabflüsse kommen. Das ist auch ein zyklisches Geschäft, was wir dabei beachten müssen. Das war mein Ansinnen zu sagen, das genau zu betrachten, woran es liegt, um dann gezielt nachzusteuern. Nur die Zahlen noch weiter zu verdichten, halte ich nicht für den Bei-

trag der Problemlösung. Sie sehen es an diesen Zahlen, dass man im Grunde nicht beim 30. Juni letzten Jahres bei 50 Prozent ist, sondern bei 26 Prozent, und da muss man genau hinschauen, woran es liegt.

Vorsitzende Franziska Becker: Frau Jasper-Winter, bitte!

Dr. Maren Jasper-Winter (FDP): Woran liegt es Ihrer Einschätzung nach? Sie haben stichwortartig gesagt, eventuell Vergabeverfahren, eventuell Personalmangel. Können Sie das präzisieren, was das Hauptproblem ist und uns einen Eindruck geben, was das größte Problem in der Vielzahl der Baustellen ist? Was tun Sie aktuell, um diese Probleme, die Sie sicherlich auswerten, die es gibt – nehme ich mal an –, in den Griff zu bekommen?

Norbert Illiges (SenBJF): Das Baucontrolling ist Aufgabe der jeweiligen Baudienststellen, und die werden das auch tun; die Bezirke werden es auch tun. Aus meiner Perspektive in der Hauptverwaltung frage ich zyklisch nach, woran es liegt. Dann gibt es ein sehr heterogenes Bild. Das wiederholt sich auch. Der eine Bezirk sagt: Ich habe von Anfang an gesagt, dass ich zu wenig Personal habe –, oder: Der Stellenbesetzungsstand ist, wie er ist –, oder: Es ist Personal weggebrochen. – Im anderen Fall ist es das Thema, dass eine Ausschreibung hängt. Das ist sehr unterschiedlich. Es ist keine einheitliche Aussage an der Stelle möglich.

Vorsitzende Franziska Becker: Herr Goiny!

Christian Goiny (CDU): Noch eine Verständnisfrage: Habe ich es richtig verstanden, dass Sie sagen, dass über das, was Sie dem Parlament berichten, aus Ihrer Sicht keine weitere Berichterstattung möglich ist und die Prozesse, die zu einem Mittelabfluss führen, aus Ihrer Sicht nicht optimierbarer sind, weil es am Ende unterschiedliche Gründe hat, die bei den einzelnen Baudienststellen auflaufen, aber am Ende des Tages nicht durch Steuerungsmaßnahmen behebbar sind? Habe ich Sie so richtig verstanden?

Vorsitzende Franziska Becker: Herr Slotty!

Staatssekretär Alexander Slotty (SenBJF): Das habe ich so nicht gesagt. Ich weiß nicht, irgendwie scheinen wir da nicht die gleiche Sprache zu sprechen. Es hat keiner gesagt, dass wir nicht an Optimierungen arbeiten. Es hat auch keiner gesagt, dass wir den Mittelabfluss nicht steigern wollen. Sie können sich vorstellen, dass eine Regierung ein ureigenes Interesse daran haben sollte, durch optimale Prozesse möglichst viel zu erreichen. Die Berliner Schulbauoffensive – ich habe das eingangs schon gesagt –, ist ein riesiges Infrastrukturprogramm. Das größte in Berlin. Sie wissen, dass inzwischen etwa 30 Prozent des Investitionshaushaltes in Schulbau- und Schulsanierungsmaßnahmen fließen. Das ist eben ein Programm, das über die letzten Jahre gewachsen ist. Das heißt aber nicht, dass wir das nicht fortlaufend aktualisieren. Was ich Ihnen gesagt habe, ist, dass es diverse Berichtswesen gibt, dass es x Abstimmungsrunden mit den Bezirken gibt. Der Kollege hat das gerade noch einmal ausgeführt, mit den Bezirken auf 14-tägiger Ebene. Ich weiß nicht, wo wir an der Stelle noch mehr Formate einziehen sollen.

Mit Blick auf das Berichtswesen ist der Senat der Auffassung, dass das, was aktuell an Berichtswesen zu den 700 Maßnahmen insgesamt und zu der überbezirklichen Dringlichkeitsliste im Zusammenhang mit dem Investitionsprogramm besteht, sehr valide und schon sehr de-

tailreich ist. Das ist das, was ich dazu sagen kann. Das heißt nicht, dass wir nicht daran arbeiten, noch besser zu werden, aber das ist das, womit wir aktuell sehr gut arbeiten können.

Vorsitzende Franziska Becker: Vielen Dank! – Ich halte fest, dass die SPD-Fraktion ein Wortprotokoll beantragt hat. Ich würde darüber abstimmen, ob es einen zusätzlichen Berichtsbedarf gibt, und zwar geht es um einen vierteljährlichen Mittelabflussbericht. Wer dafür ist, bitte das Handzeichen! – Das ist die CDU-Fraktion und die FDP-Fraktion. Wer ist dagegen? – Die Koalitionsfraktionen! Die AfD-Fraktion ist nicht im Raum, das gilt als nicht anwesend. Damit ist der Antrag abgelehnt und der Bericht rote Nummer 0548 zur Kenntnis genommen.

Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen – 12

Vorsitzende Franziska Becker: Wir kommen zu

Punkt 35 der Tagesordnung

Schreiben SenSBW – IV C 31 – vom 06.10.2022

**Ausschreibung Gutachten und
Beratungsdienstleistungen zur Evaluation der
Genehmigungspraxis Milieuschutz**

hier: Zustimmung

gemäß Auflage A. 18 – Drucksache 19/0400 zum
Haushalt 2022/23

[0594](#)

Haupt

Ich begrüße Herrn Staatssekretär Gaebler. Gibt es Wortmeldungen? – Frau Schmidberger, bitte!

Katrin Schmidberger (GRÜNE): Vielen Dank! – Erst einmal bitte ich um ein Wortprotokoll für den Tagesordnungspunkt, um ein paar Sachen verbindlich festzuhalten. Uns als Koalition geht es heute nämlich darum, die von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Wohnen und Bauen beabsichtigte Studie zum Milieuschutz noch ein bisschen zu qualifizieren. Wie viele von Ihnen wissen, sind für uns als rot-grün-rote Koalition Milieuschutzgebiete wichtig, und wir haben sie in fast allen Bezirken vorangetrieben, leider nicht in allen. Wir haben die Zahl der Milieuschutzgebiete in Berlin auf über 60 quasi verdoppelt. Inzwischen lebt jede vierte Berlinerin, jeder vierte Berliner in so einem Gebiet und ist ein bisschen besser vor Verdrängung als in nicht geschützten Gebieten geschützt.

Das Berliner Abgeordnetenhaus unterstützt die Bemühungen des Senats, eine Arbeitsgruppe Milieuschutz einzuberufen, mit dem Ziel, das Instrument der sozialen Erhaltungssatzung bezirksübergreifend zu stärken. Der Fokus der Evaluation, der in der roten Nummer beschrieben ist, soll aber nicht nur auf möglichen Erleichterungen für den Genehmigungsprozess für die Antragsstellenden liegen, sondern auch auf Verbesserungen für die Bezirksämter und auf den Schutz der Mieterinnen und Mieter vor Verdrängung. Daher soll der Senat auch eine geeignete Mieterinnen- und Mietervertretung in die Arbeitsgruppe mitaufnehmen. Besonders zentral bei der Untersuchung ist die Frage, wie der Genehmigungsprozess für die Antragsstellenden vereinfacht werden kann, ohne die Schutzziele zu gefährden. Die Prüfkriterien der Bezirke sind auch in Hinblick auf Best-Practice-Ansätze zu betrachten – das wird alles sehr unterschiedlich gehandhabt. Hinsichtlich der Genehmigung von energetischen Sanierungen, das uns allen ein sehr wichtiges Thema ist, sollen praxistaugliche Verfahren entwickelt werden, die die energetische Sanierung auch über den Gebäudeenergiegesetzstandard hinaus ermöglichen, sofern es für die Mieterinnen und Mieter zu keiner Mehrbelastung kommt, die in die bezirkliche Genehmigungspraxis übernommen werden können. Es sollen in einem ersten Schritt Handlungsempfehlungen für die Bezirke erfolgen, ohne in ihre Autonomie einzugreifen. – An der Stelle danke ich dem Senat!

Vorsitzende Franziska Becker: Vielen Dank! – Herr Goiny, bitte!

Christian Goiny (CDU): Wir hätten gerne eine Zusammenstellung, die Auftragsvergabe für diese Berichtsbitte von der Senatsverwaltung mitgeteilt und dann das Ergebnis dieser Untersuchung an den Hauptausschuss. – Danke!

Vorsitzende Franziska Becker: Ich halte fest: Die Grünen haben ein Wortprotokoll beantragt, und dann hat Herr Staatssekretär Gaebler die Möglichkeit, zu antworten bzw. zu sagen, bis wann Sie das zusammenstellen können.

Staatssekretär Christian Gaebler (SenSBW): Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Wir planen schon länger mit dieser AG Milieuschutz, die auch im Bündnis für Neubau und bezahlbares Wohnen vereinbart worden ist, noch einmal zu schauen, wie wir in Milieuschutzgebieten Verbesserungen für die Mieterinnen und Mieter und auch im Hinblick auf Klimaschutz und Nachhaltigkeit hinbekommen. Das Thema Denkmalschutz wird auch eines sein, mit dem wir uns beschäftigen. Insofern ist das, was Frau Abgeordnete Schmidberger vorgetragen hat, auch das, was wir uns vorgestellt haben. Wir haben das in der Ausschreibung nicht so explizit und ausführlich gemacht, um dort etwas flexibler zu sein, was eventuelle Ergänzungen angeht, aber wir werden das in die Arbeit miteinbeziehen und den Hinweis auf die Beteiligung eines Vertreters, einer Vertreterin der Mieterschaft mitaufnehmen. Den Bericht können wir erst abgeben, wenn die Arbeitsgruppe fertig ist. Der Arbeitszeitraum war für ein Jahr angelegt. Insofern berichten wir unaufgefordert, wenn wir ein Ergebnis haben, oder Sie müssen einen Termin Ende nächsten Jahre in Auge fassen.

Vorsitzende Franziska Becker: Frau Meister!

Sibylle Meister (FDP): Dazu noch zwei Fragen: Herr Gaebler, ich bin ein bisschen erstaunt, dass als Kriterium die Herstellung von Barrierefreiheit erwähnt wird, weil zumindest in der letzten Legislaturperiode der Einbau eines Aufzugs in Milieuschutzgebieten immer als eine Luxussanierung dargestellt worden ist. Hat sich die Einschätzung geändert? Wird man in Zukunft älteren Menschen ermöglichen, dass sie in ihren angestammten Wohnungen bleiben können?

Die zweite Frage ist: Wenn die Frage der energetischen Sanierung ohne eine Erhöhung der Miete mit in Augenschein genommen werden soll, ist davon auszugehen und wird das in diesem Gutachten mit geprüft, dass es eine weitere Förderung seitens des Haushalts gibt, oder wie soll die finanzielle Untermauerung dargestellt werden?

Vorsitzende Franziska Becker: Herr Gaebler!

Staatssekretär Christian Gaebler (SenSBW): Die Arbeitsgruppe hat sich im Rahmen des Bündnisses gebildet, weil dort gesagt worden, dass es verschiedene Zielkonflikte in Milieuschutzgebiete gibt. Sie haben die gerade benannt: einerseits bezahlbare Mieten, keine Verdrängung der ansässigen Wohnbevölkerung, andererseits die Frage der Schaffung von Barrierefreiheit, Nachhaltigkeit und energetische Sanierung. Genau das soll vertieft untersucht werden und geschaut werden, wo man Lösungen findet, die diese Effekte nicht haben. Das ist nicht immer nur eine Frage von Geld. Da muss man auch mal schauen, wie es mit der Kalt- und Warmmiete und Nutzungskosten am Ende aussieht. Insofern soll das alles vor dem Hintergrund, dass wir immer wieder feststellen, dass es dort zu Zielkonflikten kommt, dass die Bezirksämter das unterschiedlich handhaben, betrachtet werden und dass wir damit auch eine

gewisse Verlässlichkeit für Hauseigentümerinnen und Hauseigentümer geben wollen, die ein Interesse daran haben, damit die Ziele, die das Land Berlin vorgibt – Barrierefreiheit, Nachhaltigkeit, Klimaschutz –, mitberücksichtigt und umgesetzt werden und nicht an den Fragen des Milieuschutzes und teilweise auch des Denkmalschutzes scheitern. Das muss nicht sein; da muss man sich zusammensetzen und vernünftige Lösungen finden. Ob das an bestimmten Stellen finanziell untersetzt werden muss, wird sich im Rahmen der AG-Diskussion zeigen.

Vorsitzende Franziska Becker: Gibt es weitere Wortmeldungen? – Was ist mit dem Berichtstermin? Das müsste man vielleicht einmal kommunizieren, Herr Goiny. Herr Gaebler hat nachgefragt.

Christian Goiny (CDU): Wenn das Ergebnis vorliegt – vorher kann wahrscheinlich nicht berichtet werden.

Vorsitzende Franziska Becker: Unaufgefordert?

Christian Goiny (CDU): Beides! Zur Ausschreibung kann das wahrscheinlich sobald sie ausgeschrieben ist, verschickt werden. Das entscheiden Sie, wann das so weit ist, und nach der Evaluation bekommen wir das Ergebnis.

Staatssekretär Christian Gaebler (SenSBW): Sie können Ende 2023 reinschreiben, zur Not müssen wir sagen, dass es noch einen Monat dauert.

Christian Goiny (CDU): Sobald die Sachen vorliegen, wird es unaufgefordert dem Hauptausschuss zur Verfügung gestellt. Wir wollen Ihnen keine zeitliche Vorgabe machen, wir wollen es am Ende nur haben.

Vorsitzende Franziska Becker: Okay, dann machen wir das so! Danke! – Ich frage Sie: Wer dem Schreiben wie beantragt zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Koalitionsfraktionen. Wer enthält sich? – Enthaltungen durch die CDU- und FDP-Fraktion. Die AfD sagt nein. Damit ist dem Schreiben rote Nummer 0594 wie beantragt zugestimmt.